Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine

Herausgeber: Schweizer Heimatschutz

Band: 85 (1990)

Heft: 1

Artikel: Agrarpolitik - wohin? : Zwischen Strukturerhaltung und wirtschaftlichem Umfeld

Autor: Bieri, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-175430

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwischen Strukturerhaltung und wirtschaftlichem Umfeld

Agrarpolitik – wohin?

Vor der Motorisierung besassen die Bergbauern mehrere Ausfütterungsställe, in die sie das Heu der umliegenden Wiesen einbrachten und die dann im Winter vom Vieh etappenweise genutzt wurden (Bild Gattiker).

Avant la motorisation, les paysans de montagne disposaient de plusieurs petites bâtisses où ils engrangeaient le foin des prés environnants, et qui étaient utilisées ensuite, l'une après l'autre, pendant l'hiver, par le bétail.

Die Agrarpolitik versucht mit staatlichen Mitteln, die Veränderung der Struktur der Landwirtschaftsbetriebe, die unter dem Einfluss der freien Marktkräfte eintreten würde, ordnend zu begleiten, aufzuhalten oder nach eigenen Konzepten zu fördern. Mit welchen Folgen geschieht das heute und wie soll es damit in Zukunft weitergehen, damit wichtige Strukturen und eine stabile Umwelt erhalten werden können?

Agrarpolitik agiert nicht in einem wirtschaftsfreien Raum, sondern sie bewegt sich vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Randbedingungen, die sie als gegeben hinnehmen muss. Sie kann deshalb nicht alle Probleme so lösen, wie wenn sie ein wirtschaftliches Planungsamt wäre. Für die Bauern heisst dies, dass die Selbsthilfe, die eigene Initiative, sich veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten und neuen, auch ökologischen Randbedingungen anzupassen, immer noch gefragt ist.

Ungleichgewichte

Ohne dass wir jetzt schon die Ziele der verschiedenen Agrarpolitiken diskutieren, halten wir fest, dass Agrarpolitik immer auch eine *Verzögerung des Strukturwandels* bewirkt. Deshalb kostet sie ja etwas. Die Agrarpolitik muss dauernd diese durch eine konservative Grundrichtung verursachten Mehrkosten rechtfertigen und begründen. Andererseits muss auch die Bevölkerung ihr Bekenntnis zur Agrarpolitik von Zeit zu Zeit überdenken und erneuern. Oft werden der Agrarpolitik sogar Auswirkungen eines wirtschaftlichen Strukturwandels vorgeworfen, die ohne sie viel schneller und intensiver zu Tage treten würden. Zu geradezu tragischen *Verwechslungen* kommt es, wenn aus Umweltschutzkreisen die Agrarpolitik angegriffen wird und der permanente wirtschaftliche Kostendruck in Unkenntnis nicht für die Ursache, sondern für die Folge einer angeblich verfehlten Agrarpolitik gehalten wird. Es kann dann durchaus so herauskommen, dass man die Agrarpolitik in gewissen Punkten kritisiert, ohne zu wissen, welch wertvolle Grundlage man bereits hat. Ein Blick auf die Verhältnisse im EG-Raum hilft hier den Blick schärfen. Die Darstellung 1 zeigt folgendes:

Entweder
muss die Landwirtschaft aus Kostengründen denselben Produktivitätsfortschritt, wie er in der übrigen Wirtschaft stattfindet, miterreichen. Da nun die Steigerung der Produktivität aus ökologischen und aus Gründen der nicht stark wachsenden Bevölkerung nicht zu einer Ausweitung der produzierten Menge führen darf, muss die *Anzahl der bäuerlichen Arbeitskräfte* abnehmen. Eine reduzierte Zahl bäuerlicher Arbeitskräfte pro Fläche gefährdet jedoch das Ziel einer ökologischen Landwirtschaft und fördert

die Aufspaltung der Landschaft in agrarische Intensivgebiete und wachsende Brachlandflächen.

Oder
es wird erkannt, dass die Landwirtschaft letztlich in einem fliessenden Gleichgewicht zwischen Produktion und Reproduktion, also Erneuerung der Voraussetzungen zur jährlichen Wiederholung dieser Produktion, steht. Somit sind letztlich *natürliche Grenzen* massgebend bei der Bestimmung der Art und Weise, wie Landwirtschaft betrieben werden muss und kann. Betriebsformen, welche etwa die Bodenfruchtbarkeit, die Erhaltung des Trinkwassers usw. gefährden und den Boden als Solarenergiesystem zur Einsparung begrenzter Rohstoffe nicht optimal nutzen, fallen langfristig als Produktionsformen ausser Betracht. Aber wer konstruiert eine Wirtschaft, welche eine *sparsame Verwendung nicht erneuerbarer Ressourcen* belohnt als eine neue Form von Leistungsfähigkeit? Offenbar braucht dies noch Zeit. Und genau diese kritische Zeit müssen wir überbrücken und unsere bisher mit Fleiss aufgebauten angestammten Strukturen in eine neue Epoche hinüberretten. Unterdessen steht unsere Agrarpolitik zunehmend unter dem Druck, die wachsende Differenz des Produktivitätsfortschrittes durch steigende Zahlungen des Staates oder des Konsumenten an die Landwirtschaft aufzufangen. Macht hier der *Konsument* mit? Macht die staatliche Budgetpolitik mit? Kann die Einsicht in die oben beschriebenen Zusammenhänge zwischen Bauern und Konsumenten zu einem *neuen Wertverhalten* führen, das die Landwirtschaft als ersten Produktionszweig aus der Eigengesetzlichkeit des bisherigen Marktverhaltens herausführt? Und dies zu einem Zeitpunkt, wo in Osteuropa so viel Hoffnung auf die Einführung von Marktelementen gesetzt wird?

> *«Eine Blockierung marktgesetzlich vorgezeichneter Änderungen der Preise und Preisstrukturen durch agrarpolitische Massnahmen kann kurzfristig Anpassungsprozesse hinausschieben. Langfristige Ungleichgewichte können damit jedoch nicht beseitigt werden; vielmehr werden die Kosten strukturellen Wandels lediglich in die Zukunft verlagert und steigen damit zusätzlich an. Die Agrarpolitik sollte nicht mit hohen Aufwendungen veraltete Betriebsformen konservieren. In der Industrie wie auch in der Landwirtschaft kann es keine dauerhaften Einkommens- und Bestandsgarantien geben, nicht konkurrenzfähige Anbieter müssen aus der Produktion ausscheiden. Die Folgen dieses Strukturwandels sind im Bedarfsfalle zeitlich begrenzt sozialpolitisch abzufedern.»*

Dieses Zitat aus «Agrarpolitik, Denkanstösse für eine marktwirtschaftliche Reform» des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* schränkt den Spielraum der Agrarpolitk wesentlich ein: Agrarpolitik ja, aber nur als zeitlich befristete soziale Abfederungspolitik gegenüber einem Strukturwandel, der sich aus der Gesamtwirtschaft ergibt und der letztlich den Marktgesetzen untersteht. Agrarpolitik der Stilllegungsbeiträge in teilweise falscher ökologischer Verpakkung. Damit soll der ohnehin fortschreitende Strukturwandel lediglich etwas geordnet werden, weniger stürmisch ablaufen und zum Zeitpunkt der Pensionierung des Betriebsleiters definitiv gelöst werden.

Ziele der Agrarpolitik

Die Ziele der schweizerischen Agrarpolitik, über die der Bundesrat in den sogenannten *«Landwirtschaftsberichten»* periodisch Bericht erstattet, sind jedoch anders und weiter abgesteckt. Unsere Agrarpolitik soll nicht einen ohnehin ablaufenden Strukturwandel lediglich begleiten, sondern unsere Agrarpolitik versucht eine Agrarstruktur zu erhalten, die unter anderen wirtschaftlichen Randbedingungen einen hohen Grenznutzen sichert. Also *keine Brachlegung,* sondern weiterhin Landschaftspflege, Erhaltung eines möglichst grossen Arbeitskräftepotentiales (Produktionsbereitschaft für Zeiten gestörter Lebensmittelzufuhr) und dadurch Erhaltung traditioneller Strukturen der Betriebsstandorte, der Bauten, der Kulturlandschaft. Dies ist vor allem auf das Szenarium gestörter Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr ausgerichtet. Wenn also keine Lebensmittel mehr importiert werden können, ist auch der Rohstoffimport knapp, und dann muss die Landwirtschaft wieder voll als Solarsystem genutzt werden. Das heisst, die bewirtschaftete Fläche muss zur Sicherung der Ernährung auf alle Grenzertragsböden ausgedehnt werden können. Dies bedingt jedoch bei unserer Topographie und bei beschränkten Importen, dass genügend Arbeitskräfte und Hofstellen mit entsprechenden Ausrüstungen zur Verfügung stehen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn in Zeiten der internationalen Konkurrenz und der ausgedehnten Importmöglichkeiten zu billigen Preisen unsere Bauernstellen erhalten bleiben. Mit fortschreitenden Produktivitätsfortschritten der Wirtschaft geschieht dies nur um den Preis ständig wachsender Kosten.

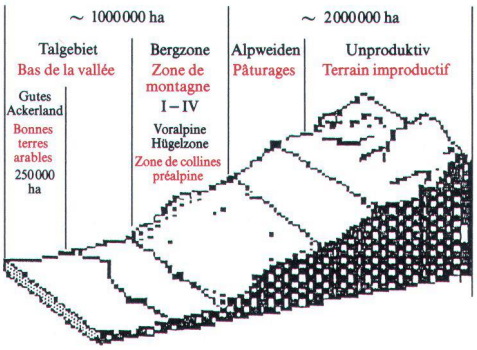
Steigende Kosten

Bevor dem Steuerzahler und Konsumenten weiter steigende Kosten zugemutet wurden, wurde in der Schweiz im Anschluss an die Mechanisierung der 50er Jahre und der Fremdarbeiterzuwanderung versucht, das bäuerliche Einkommen durch eine *Erhöhung der Produktivität* und der erzeugten Produktemengen zu sichern. Diese als «innere Aufstockung» bezeichnete Politik führte zu einer kapitalmässigen Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion pro Fläche. Der geringe Selbstversorgungsgrad hat anfänglich solche Perspektiven der inländischen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durchaus zugelassen. Heute erkennen wir, dass der Tierbestand beispielsweise an ökologische Grenzen stösst. Die *Korrekturmassnahmen* sind bereits eingeleitet.
Vor dem Hintergrund negativer ausländischer Beispiele, wo die Landschaft sich schon seit Jahren in *übernutzte Intensivgebiete und Brachflächen* aufzuspalten beginnt, wurde unsere Agrarpolitik sehr zu Unrecht einer analogen Kritik ausgesetzt. Die Kritik ausländischer Ökologen an der einem rauheren Wirtschaftswind ausgesetzten Entwicklung der Landwirtschaft in ihren Ländern wurde unbesehen auf unsere schweizerischen Gegebenheiten übertragen. Der berühmte EG-Kritiker *Professor H. Priebe* stellt dagegen der Schweizer Agrarpolitik in seinem Buch «Die subventionierte Unvernunft» ein gutes Zeugnis aus: «In der Schweiz ist die gesamte Agrarpolitik auf die Erhaltung der bäuerlichen Struktur, der ländlichen Arbeitsplätze und auf die Pflege der natürlichen Umwelt ausgerichtet. Eine konsequente Förderung der bodengebundenen Familienbetriebe erfolgt durch ein regional abgestuftes System von Ausgleichszahlungen, besonders für die Berggebiete. Darüber hinaus werden Höchsttierbestände je Betrieb gesetzlich festgelegt...» (S. 286)

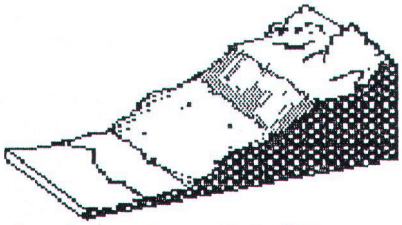
Tiefer Versorgungsgrad

Die Agrarpolitik hat in den letzten vier Jahrzehnten eine gewisse Intensivierung gefördert. Damit wollte man die unaufhaltsam steigenden Kosten unserer Landwirtschaft dämpfen. Dies hat nun zu *Konflikten an zwei Fronten* geführt. Die Landwirtschaft kann nicht beliebig intensiviert werden, nur weil wir immer noch einen tiefen Selbstversorgungsgrad haben. Die Schweiz ist definitiv zu einem europäischen Verdichtungs-

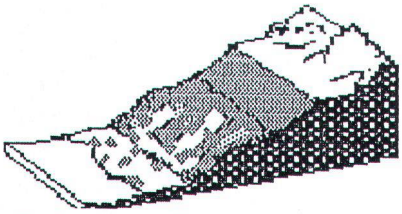
Ausgangslage: **Situation au début:**



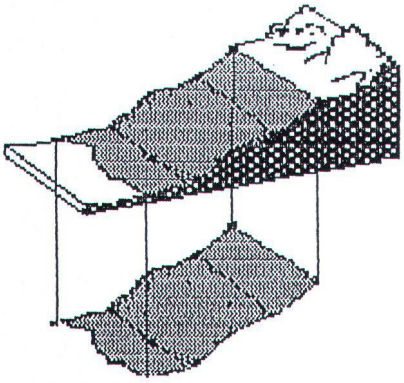
brachgelegtes Land: Stillegung evtl. im Anschluss an extensive Bewirtschaftung.
Terres en friche, éventuellement après exploitation extensive.



1a
Wirkung der heutigen Subventionspolitik: Schutz vor tiefen Weltmarktpreisen, wenig bis kein Brachland.
Effet de la politique actuelle de subventions: protection contre les bas prix du marché international; presque pas de friches.



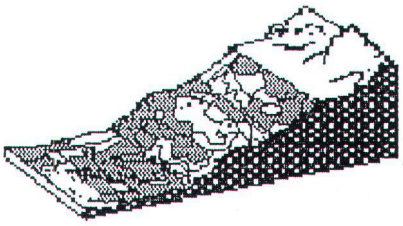
2a
Bedrohungsszenario der agrarpolitischen Errungenschaften: Biotechnischer Fortschritt steigert die Produktion bei beschränktem Absatz. Drohende Abwanderung und Aufspaltung in Intensivgebiete und Brachland.
Danger de la politique agricole: le progrès biotechnique accroît la production, l'écoulement des produits restant limité. Menace d'abandon des terres, et de séparation entre régions de culture intensive et terres en friche.



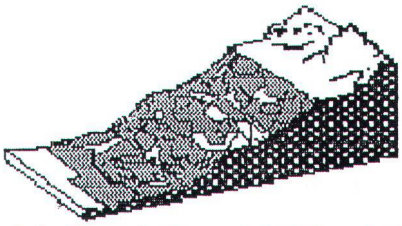
3a
Drohender Verlust an grossen Produktionsflächen und Kulturlandschaft.
Menace de perte de grandes surfaces productives et de paysages cultivés.

brachgelegtes Land: Stillegung evtl. im Anschluss an extensive Bewirtschaftung.
Terres en friche, éventuellement après exploitation extensive.

1b
Ohne Agrarpolitik: Brachlegung der Landwirtschaft aufgrund tiefer Weltmarktpreise. (1. Hälfte des 20. Jh.)
Sans politique agricole: terres en friche, en raison des bas prix du marché international (1re moitié du XXe siècle).



2b
Die Abwanderung schreitet in den topografisch benachteiligten Gebieten weiter voran.
L'abandon des terres se poursuit dans les régions topographiquement défavorisées.



3b
Der biotechnologische Fortschritt ermöglicht beschränkte Intensivlandwirtschaft nach holländischem Muster.
Le progrès biotechnique autorise une agriculture limitée aux cultures intensives, sur le modèle néerlandais.

Ähnlicher Endzustand der linken und rechten Bildfolge.
Linke Bildfolge: Strukturwandel trotz Agrarpolitik
Rechte Bildfolge: Strukturwandel ohne Agrarpolitik
Etat final analogue des deux situations présentées.
Colonne de gauche: changement de structure malgré la politique agricole
Colonne de droite: changement de structure sans politique agricole

raum geworden. Der *tiefe Selbstversorgungsgrad* ist Ausdruck dieser Tatsache. Wollte man die Importe durch unsere eigene Landwirtschaft produzieren lassen und die innere Aufstockung weiter vorantreiben, dann würden wir unsere Umwelt nur doppelt belasten: zuerst durch eine zu hohe Bevölkerungszahl pro Fläche und anschliessend noch durch eine kapitalmässig zu intensive Landwirtschaft pro Fläche. Die zweite Front, die gegen eine weitere Intensivierung spricht, wurde auch an der laufenden *GATT-Runde* sichtbar. Die Agrarexportländer erachten eine weitere Steigerung der schweizerischen Agrarproduktion als entgangene Marktchance. Durch EG 92 werden die USA von Westeuropa weltweit handelspolitisch herausgefordert. Als Gegenrecht verlangen die USA die Streichung aller Agrarsubventionen der europäischen Staaten.

Direktzahlungen als Ausweg?

Soll unsere Landwirtschaft bezüglich der Arbeitskräftezahl erhalten bleiben, dann bleibt nur die *Steigerung der Preise* für unsere Landwirtschaft übrig. Da aber die Preisdifferenzen zur EG eher abnehmen als noch weiter zunehmen sollten, werden produktionsmengenunabhängige *Direktzahlungen* durch den Staat erwogen. Damit würde die Landwirtschaft aber auch stärker vom Budgetprozess abhängig. Direktzahlungen könnten dann auch zu verkappten Stillegungsbeiträgen entarten, spätestens dann, wenn sie wegen fehlenden Staatsfinanzen gestrichen werden. Welch grossen Einfluss dieser Prozess kurzfristig auf die Landwirtschaft haben kann, zeigen die jüngsten Sparbeschlüsse bei der Subventionierung des Maisanbaues. Hier sind für 1990 vom Bundesrat Beitragsreduktionen bis zu 28 Prozent beschlossen worden.

Aus diesen Gründen hat die Landwirtschaft ein vitales Interesse, direkt vom Konsumenten entschädigt zu werden. Wie stark die Konsumenten bereit sind, sich unsere Landwirtschaft etwas kosten zu lassen, hängt von ihrer *Einkommenslage* ab. Es hat natürlich keinen Sinn, aus bäuerlichen Kreisen den Konsumenten den seit 1945 gesunkenen Prozentanteil für Lebensmittelausgaben vorzurechnen, während die Ausgaben für Wohnungsmieten und Versicherungen drastisch gestiegen sind. Auch zwischen den zunehmenden Mobilitätsbedürfnissen in der Freizeit und der Zerstörung der Heimatlichkeit unseres Landes durch Zersiedelung besteht ein Zusammenhang. Da eine Mehrwertabschöpfung, um diesen Schaden zu beheben, auch nicht zur Verfügung steht, bleibt nur folgender *Ausweg:*

- *höhere Preise für gesunde, naturnahe Produkte und / oder*
- *Zahlungen der öffentlichen Hand an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen.*

Die hier angeführten Szenarienskizzen zeigen den Zusammenhang auf, der gelten könnte, wenn unsere Agrarpolitik von Konsumentenseite oder auch vom Staat aus finanziellen Gründen nicht mehr getragen werden könnte. Dabei wird sichtbar, dass wir bei einer *Einschränkung der Kosten* für die Agrarpolitik bei ganz ähnlichen Ergebnissen anlangen könnten, wie sie sich durch die sogenannte «Passivsanierung» ebenfalls ergeben hätten. Dass eine Landwirtschaft, welche konstanten Fliessgrössen, d.h. den Randbedingungen der Natur langfristig verpflichtet ist, die Produktivitätsfortschritte der übrigen Wirtschaft nicht mithalten kann, scheint sich abzuzeichnen. Es gilt nun rechtzeitig nach Lösungen zu suchen und den Konsens einer zukünftigen Lösung frühzeitig vorzubereiten.

Neue Zusammenarbeit

Unsere Landwirtschaft ist immer noch mit den traditionellen Siedlungsstrukturen und der Kulturlandschaft eng verbunden und prägt diese weitgehend. Eine wesentlich weitere *Reduktion der bäuerlichen Arbeitskräfte* würde die bisherigen Schutzziele der Erhaltung stabiler Landschaften stark gefährden, wenn nicht sogar verunmöglichen. Ein grosser Teil unserer Landwirtschaft befindet sich nun aber schon mit ihren Flächen in Agglomerationsräumen des Schweizer Mittellandes. Die Bevölkerung ist, wie der Abstimmung über die Kleinbauerninitiative entnommen werden konnte, zunehmend daran interessiert, dass ihr Wohnumland nicht durch weitere Rationalisierungsschübe zum anonymen Produktionsgebiet umgestaltet und ausgeräumt wird.

Auch aus ökologischen sowie aus Gründen der *dezentralen Versorgung* mit hochwertigen Nahrungsmitteln sollte die Landwirtschaft auch im Agglomerationsgebiet zahlenmässig erhalten bleiben.

Es wäre zu prüfen, welche *zusätzlichen Aufgaben* diese Landwirtschaft zusammen mit der Bevölkerung und der öffentlichen Hand in den wertschöpfungsstarken Agglomerationsgebieten übernehmen könnte. Hier sollte es möglich sein, dass die Landwirtschaft, wenn sie sich vermehrt als Teil der Agglomeration versteht und nicht mehr mit der Landschaft die gleichen agrarpolitischen Stützungsmassnahmen beansprucht, zusammen mit den Konsumenten, den Quartieren und den Gemeinden *neue Formen einer Zusammenarbeit* entwickelt, die echter unternehmerischer Selbsthilfe entsprechen würden. Von da her sollte mittelfristig eine Entlastung des Staatsbudgets erreicht werden, das dann um so mehr den topographisch benachteiligten Gebieten zufliessen müsste.

Schon aus ökologischen Gründen sollte die Landwirtschaft auch in Stadtnähe zahlenmässig erhalten bleiben (Bild Gattiker).
Pour des raisons écologiques déjà, les cultures agricoles devraient être maintenues en nombre aux alentours des villes.

Strukturen erhalten

Es wären Lösungen zu prüfen, wie das Landwirtschaftsgebiet als *Naherholungsgebiet* aufgewertet werden könnte, unter finanzieller Beteiligung der betroffenen und interessierten Gemeinden. Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Quartieren und Landwirtschaft bei der Gestaltung der Produktion und Vermarktung der Lebensmittel aber auch der übrigen Dienstleistungen der Landwirtschaft zur Erhöhung des Naherholungswertes der Landschaft, neue Formen der Finanzierung der *Erhaltung der ange-*

stammten Strukturen von Gebäuden und Fluren müssten untersucht und vorgeschlagen werden. Diese Aufwendungen wären als Siedlungskosten der Verdichtungsgebiete unseres Mittellandes zu betrachten und über diese Gemeinden einzeln oder im Verband zu finanzieren.

Die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft müssten sich dieser übergeordneten Problematik als Hauptaufgabe widmen und nicht mehr den *Meliorationsperimeter* wegen einem nicht mehr zeitgemässen Abstimmungsmodus auf die bekannten Restflächen, die dann doch ihre Aufgabe nur noch sehr reduziert erfüllen können, beschränken. Ebenso müsste dann die Landumlegung als Mittel der Verbesserung der räumlichen Ordnung zwischen Landwirtschaft und Siedlungsstruktur vermehrt angeordnet werden können. Artikel 20 des eidgenössischen *Raumplanungsgesetzes* muss deshalb in den kantonalen Anschlussgesetzen so ausgestaltet werden, dass sowohl Landwirtschafts- und Siedlungsgebiet in übergreifenden Landumlegungen und Sanierungen bäuerlicher Strukturen gegenseitig besser aufeinander abgestimmt werden können. Dadurch kann auch die Zukunft der angestammten bäuerlichen Betriebsstandorte im verstädterten Agglomerationsraum besser geschützt werden.

Die Auflistung der anzustrebenden Massnahmen ist unvollständig. Es geht vorerst darum, zu zeigen, in welcher *Richtung* Lösungen gesucht werden sollen, um auf die drohenden finanziellen Engpässe bei der Durchführung unserer unbestrittenen und unterstützenswerten agrarpolitischen Ziele rechtzeitig vorbereitet zu sein. Im Sinne der Aufgaben der Landwirtschaft für die *Erhaltung einer stabilen Umwelt* kann eine weitere drastische Reduktion der Anzahl der Bauern keine Lösung sein.

Hans Bieri,
Geschäftsführer SVIL

Entre le maintien des structures et l'environnement économique

Quelle politique agricole?

La politique agricole a pour but, en recourant à des moyens légaux, de guider, contenir ou au contraire promouvoir selon des conceptions propres les changements de structure des entreprises agricoles que pourrait provoquer le libre jeu du marché. Quels en sont les effets actuels, et comment faire à l'avenir pour que d'importantes structures et un environnement stable puissent être maintenus?

La politique agricole est économiquement soumise à des conditions-cadres (les *lois naturelles* surtout) incontournables, de sorte qu'elle ne peut résoudre les problèmes comme le ferait un office de planification économique. On reproche souvent à cette politique, chez nous, d'être à l'origine de bouleversements structurels, alors que sans elle ceux-ci seraient bien pires. Et la politique suisse, en ce domaine, est bien différente des conceptions en honneur à la CEE. En Allemagne, par exemple, les milieux industriels déclarent n'accepter une politique agraire qu'à la condition qu'on la conçoive comme une aide sociale momentanée, en attendant les modifications structurelles résultant de l'économie dans son ensemble et finalement des lois du marché.

Le but de la politique agricole suisse – d'ailleurs liée à une topographie beaucoup plus morcelée – est de *maintenir en permanence la structure paysanne.* Il importe en particulier de conserver un potentiel aussi grand que possible de forces de travail, pour assurer un minimum vital de production en cas de difficultés d'importation. Cela implique le maintien de la structure individuelle des exploitations, des bâtiments agricoles, des terres cultivables. Mais il faut bien se rendre compte que cela n'est pas possible – en ce temps de concurrence internationale et d'importations à bon marché – sans l'acceptation par les consommateurs et les contribuables de *hausses de prix* pour couvrir les augmentations de coûts.

Dans les années cinquante, on a voulu compenser celles-ci par une augmentation de la productivité, et parer aux risques de l'importation par le développement de la *culture intensive.* Mais on en revient aujourd'hui – en constatant par exemple qu'un effectif excessif de bétail a de graves *conséquences écologiques* (on voit aussi ce que cela donne à l'étranger, où le paysage est partagé entre cultures intensives et terres en friche). Si nous voulions produire assez pour nous passer d'importations, l'atteinte à l'environnement serait pour le moins doublée. On doit tenir compte aussi, dans le cadre du «GATT-round», de la réaction des exportateurs étrangers pour qui une augmentation de la production suisse équivaudrait à la perte d'un marché intéressant.

On a aussi envisagé d'aider la paysannerie en compensant la concurrence des bas prix de la CEE par des *versements directs* de la Confédération. Mais cela aurait le grave inconvénient de faire dépendre plus encore l'agriculture des fluctuations et possibilités budgétaires (on vient de voir que pour 1990 les subventions à la production de maïs ont été réduites de 28%). Voilà pourquoi l'agriculture a un intérêt vital à être *dédommagée par le consommateur,* qui doit comprendre qui étroitement dépendante des caprices de la nature, elle ne peut pas développer sa production comme les autres branches économiques. Il n'y a qu'une issue:

- *prix plus élevés pour des produits naturels sains*
- *versements des pouvoirs publics à l'agriculture pour ses prestations écologiques.*

Pour développer toutes nos possibilités de ravitaillement, ainsi que pour des raisons écologiques, l'agriculture devrait aussi être sauvegardée aux *alentours des grandes agglomérations.* Il devrait être possible alors de trouver de nouvelles formes de collaboration avec les consommateurs, les quartiers, les communes, par un aménagement de la production et de la mise sur le marché des produits alimentaires. A moyenne échéance, cela permettrait aux pouvoirs publics d'économiser des subsides dont pourraient alors bénéficier les régions écartées. Il faudrait étudier aussi les moyens de mettre les zones agricoles en valeur comme *zones de délassement,* en échange d'une participation financière des intéressés et des communes. A cet égard, les échanges de terrains entre zones agricoles et zones d'habitation (remembrements), si favorables à l'aménagement du territoire, doivent être encouragés par les législations cantonales d'application. Insistons pour finir sur le fait qu'une nouvelle réduction des *effectifs de la paysannerie* compromettrait gravement l'effet des mesures déjà prises pour le maintien du paysage cultivé.